

„Die Politik ist gefordert“

**DIW-Chef Gert G. Wagner im Gespräch mit Stefano Vastano,
Deutschlandkorrespondent der italienischen Wochenzeitung L'Espresso
über die Ausputzer-Rolle der EZB, den Pragmatismus der Ära Merkel sowie die
deutschen Wirtschaftsperspektiven im Zeichen schleppenden Konsums, politischer
Arbeitsmarkverzerrungen durch Minijobs und unnötigen Minderwertigkeitsgefühlen
gegenüber China**

*Auszüge des Interviews wurden im L'Espresso vom 8. September 2011, S. 120-121,
abgedruckt.*

**Stefano Vastano: Fangen wir mit einem Panorama der Situation in
Deutschland an. Wie geht es der deutschen Wirtschaft im Moment, Herr
Professor Wagner?**

Gert G. Wagner: Nach dem kräftigem Aufschwung, der nicht zuletzt von den Exporten in die Schwellenländer getragen wurde, hat sich 2011 das Wachstum erheblich abgekühlt. Das hängt damit zusammen, dass der Welthandel ruhiger verläuft und die staatlichen Konjunkturprogramme auslaufen; aber auch damit, dass der Konsum in Deutschland nicht so recht in Schwung kommt. Das Wirtschaftswachstum wird sich wohl fortsetzen, aber in ruhigeren Bahnen als bisher verlaufen. Nachdem wir 2010 mit mehr als 3,5 Prozent ein enormes Wachstum hatten, das aber auch nötig war, um den Einbruch von 5 Prozent im Jahr 2009 rasch aufzuholen, rechnet das DIW für 2011 mit etwa 3 Prozent Wachstum.

Laut Ifo-Index macht sich aber in Industrie und Handel eine trübe Stimmung breit.

Stimmungsindikatoren muss man vorsichtig interpretieren. Nicht selten sind sie durch aktuelle und kurzlebige Ereignisse geprägt – aktuell auch durch die Unsicherheiten an der Börse. Die Auftragseingänge der Unternehmen entwickelten sich bis zuletzt aber günstig, und es hat zahlreiche Großaufträge gegeben, von denen die Unternehmen längere Zeit zehren können. Aber dennoch: Die Verunsicherungen nehmen zu, was die Unternehmen davon abhalten könnte, ihre Belegschaften stärker aufzustocken. Für 2011 rechnen wir am DIW noch mit einer Zunahme der Erwerbstätigen um 1 Prozent, 2012 wird es weniger sein.

Wie sieht es im Moment mit Investitionen der deutschen Unternehmen aus?

Bei den Ausrüstungsgütern zeigt der Trend bei den Investitionen eindeutig noch nach oben, was angesichts der hohen Kapazitätsauslastung nicht überraschend ist. 2011 rechnen wir mit 14 Prozent und für 2012 immer noch mit über 7 Prozent mehr Ausrüstungsgütern. Eher schwach sieht es dagegen – nach einem fulminanten Start in diesem Jahr – bei den Bauinvestitionen aus: 4 Prozent Zunahme im Jahr 2011 und deutlich weniger im Jahr 2012.

Die internationale Lage ist tatsächlich durch Euro-, USA- und Japan-Krise getrübt: Daimler und Volkswagen, Siemens und die drei deutschen Chemie-Konzerne feiern aber immer neue Rekorde. Wie erklären Sie sich diese sonderbare Kraft der deutschen Konzerne?

Viele deutsche Unternehmen können sich auf dem Weltmarkt bei den technisch komplexen Gütern sehr gut behaupten, bei denen neben dem Preis auch die Produkt- und Servicequalität zählt. Wettbewerbsvorsprünge entstehen durch Innovationsfähigkeit. Das zeigt sich nicht zuletzt bei den vielen mittelständischen Unternehmen etwa im deutschen Maschinenbau, die nicht selten in eher kleinen Marktnischen Weltmarktführer sind. Deutsche Maschinen und Anlagen sind nicht zuletzt in den aufstrebenden Staaten in Übersee gefragt. Allerdings schafft man sich durch die Exporte von Investitionsgütern auch eine künftige Konkurrenz.

Trotz trüber Stimmung im zweiten Quartal, wie schätzen Sie die Perspektive für 2011 ein?

Wie gesagt: Das Wachstum hat sich abgeschwächt, dürfte aber mit etwas Glück erst einmal bei einem geringeren Tempo intakt bleiben. Für 2012 prognostizieren wir gegenwärtig knapp 2 Prozent Wachstum. Viel hängt natürlich vom weltwirtschaftlichen Umfeld ab. Möglicherweise belebt sich angesichts vermutlich anziehender Löhne in Deutschland auch die Binnennachfrage. Allerdings fließen wegen der vielen globalen Unsicherheiten steigende Einkommen auch teilweise in höhere Ersparnisse. Allzu sehr sollten wir uns daher nicht auf unseren Konsum verlassen.

Sie sind natürlich kein Prophet, Herr Professor Wagner: Schätzen Sie aber, dass die deutsche Wirtschaft auch 2012 die Lokomotive Europas bleiben wird?

Die deutsche Wirtschaft war nicht die ganz große Konjunkturlokomotive Europas. Im Jahr 2010 hat Deutschland für 392 Milliarden Euro in die Eurozone exportiert, aber nur für 307 Milliarden Euro aus der Eurozone importiert. Ein Land, das Außenhandelsüberschüsse erzielt, expandiert immer auch aufgrund der Nachfrage aus anderen Staaten und ist deshalb Trittbrettfahrer. Die deutsche Rekord-Rhetorik ist wenig hilfreich. Die großen Ungleichgewichte im Außenhandel haben ja zur Entstehung der Eurokrise beigetragen. Um die Ungleichgewichte abzubauen, muss Deutschland wesentlich mehr ausländische, insbesondere auch europäische Güter nachfragen. Das zeichnet sich jetzt auch für dieses und das nächste Jahr ab. Hoffentlich bleibt das dann so.

Im Herbst 2008 taumelte die ganze Welt in die schwerste Krise seit 1929. Nur Deutschland kommt relativ unbeschadet und sehr schnell davon: Ein zweites „Deutsches Wirtschaftswunder“, oder wie erklären Sie es?

Das ist das Ergebnis der extremen und riskanten Exportabhängigkeit – keineswegs ein Wunder. Wenn man viel exportiert, dann kommt es bei einer weltweiten Krise auch sofort zu einer Exportkrise. Und wenn es weltweit wieder aufwärts geht, geht es auch dem Exportland wieder gut. Der Produktionseinbruch in Deutschland war sehr deutlich (wesentlich höher als zum Beispiel in Frankreich oder in den USA) – das relativiert auch die hohen Wachstumsraten im Aufschwung. Der Einbruch dauerte aber auch nur wenige Monate, so dass er von der Industrie kaum auf andere Wirtschaftsbereiche übergreifen konnte. Günstig hat sich auch ausgewirkt, dass es in der Bundesrepublik keine Blase auf den Immobilienmärkten und keine so starke Abhängigkeit von der Finanzindustrie wie etwa in den USA, Spanien oder Großbritannien gab. Zudem war der private Konsum nicht wie in diesen Ländern durch die private Kreditaufnahme aufgebläht. Kurzum: Der Binnenmarkt war gegenüber der Exportkrise relativ immun. Geholfen hat auch noch, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit gebremst wurde. Ich persönlich halte allerdings unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen die extreme Exportabhängigkeit für sehr riskant und keineswegs erstrebenswert. Andersherum: wenn es eine europäische Wirtschaftsregierung gäbe, wäre die extreme europäische Verflechtung Deutschlands positiv zu sehen. Die Aufgabe einer europäischen Wirtschaftsregierung bestünde eben auch darin, die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte unter den Staaten der Eurozone abzubauen. Deutschland beispielsweise müsste dann wohl mehr oder weniger sanft gezwungen werden, seine Binnennachfrage zu stärken.

Wie effektiv hat die Regierung in Berlin, besonders Kanzlerin Merkel, auf die Finanzkrise reagiert?

Kurzarbeit war ein rasch wirksames und gutes Instrument. Bei den anderen Maßnahmen zeigten sich zum Teil die Probleme, die man schon früher kannte. Die öffentlichen Baumaßnahmen griffen wegen der Planungs- und anderen Vorbereitungszeiten erst dann richtig, als es mit der Konjunktur schon längst wieder bergauf ging. Das ist bei Konjunkturprogrammen eher typisch, aber man wusste es diesmal vorher nicht mit Sicherheit. Insoweit war das okay. Unsicher ist, wie die Abwrackprämie für Automobile gewirkt hat. Sie wurde zwar rege in Anspruch genommen, dabei dürfte es aber auch erhebliche Mitnahmeeffekte gegeben haben. Verkauft wurden vor allem Kleinwagen, und die kommen überwiegend nicht von deutschen Herstellern. Die deutschen Hersteller großer Automobile sind allerdings auch gut durch die Krise gekommen, was nicht gerade für eine solche Abwrackprämie spricht. In der Wirtschaft hängt auch viel von Psychologie ab, und die permanenten politischen Unstimmigkeiten, auch in der deutschen Bundesregierung, waren und sind nicht gerade förderlich. Aber als die gegenwärtige Bundesregierung ins Amt kam, war die Lehman-Krise

glücklicherweise schon fast vorbei.

Welche Konsequenzen und Veränderungen hatte die Finanzkrise für das System der deutschen Banken?

Mehrere Landesbanken mussten auf Geheiß der EU-Kommission schrumpfen. Die West LB wird aufgespalten und überlebt nur als kleine Zentralbank für Sparkassen. Noch aber ist keine Reduzierung der Anzahl der notorisch kränkelnden Landesbanken in Sicht. Wir haben die Verstaatlichung der Hypo-Real-Estate gesehen. Und unter dem Dach der SOFFIN wurden zwei „Bad Banks“ gegründet. Die Abwicklung der dort gelagerten Portfolios wird den deutschen Steuerzahler vermutlich noch so manche Milliarde kosten. Letztlich sind die Bilanzsummen der Großbanken noch größer geworden. Das „too big to fail“-Problem hat sich also sogar verschärft. Insgesamt ist der deutsche Bankensektor weiterhin auf die Rückendeckung des deutschen Steuerzahlers angewiesen.

Als politische Konsequenz der Krise ist die sogenannte „Schuldenbremse“ in die deutsche Verfassung geschrieben worden: Funktioniert dieses Instrument wirklich?

Die Schuldenbremse ist ja noch nicht vollständig in Kraft; bis einschließlich 2015 gelten noch Übergangsregelungen für den Bund und bis 2019 für die Länder. Erst dann wird man sehen, ob sie wirkt. Eine gewisse Wirkung scheint schon davon auszugehen, im Moment ist es aber auch aufgrund der sprudelnden Steuereinnahmen einfach, fiskalisch zu konsolidieren. Insofern: Mal abwarten. Ich persönlich glaube nicht, dass sich die Politik von der Schuldenbremse wirklich gängeln lässt. Die Kriterien der Schuldenbremse sind so vage gefasst und auslegungsfähig – etwa was die jeweilige konjunkturelle Lage anbelangt und wann die Schuldenbremse greifen muss. Ich persönlich finde das auch gut und finde mich da an der Seite von Joe Stiglitz: in schwierigen Situationen muss man flexibel sein. Die Politik darf sich nicht zu einem von Statistiken gesteuerten Roboter machen lassen.

Nach der Katastrophe von Fukushima hat die Regierung in Berlin, als erste in Europa, das Ende des Atomzeitalters eingeleitet. Was bedeutet das für die deutsche Industrie?

Der Atomausstieg hat nach Überzeugung des DIW Berlin insgesamt positive Effekte, da die alternative Energieerzeugung, in der die deutsche Industrie stark ist, befördert wird. Kurzfristig ist aber offen, in welchem Maße Kostensteigerungen durch höhere Strompreise eintreten werden. Die deutschen Überschüsse beim internationalen Stromhandel sind deutlich gesunken. Früher exportierte Deutschland fast doppelt so viel Strom wie es importierte; im Moment hat sich das Verhältnis fast umgekehrt. Angekündigt wurde von der Politik, dass es weitere Ausnahmeregelungen bei Industriestrom geben wird. Wichtiger ist auf jeden Fall, dass sich neue Produktionschancen für deutsche Firmen bieten, wenn die Stromproduktion umgestellt wird. Es müssen neue Kraftwerke gebaut und neue Leitungsnetze erstellt werden.

Das 'Made in Germany' ist aber - mit Autos, Maschinen und Chemie - besonders energieintensiv: Ist die deutsche Industrie eine Geschichte des 19. Jahrhunderts?

Da muss man differenzieren. So ist die Produktion chemischer Grundstoffe viel energieintensiver als die Herstellung von Maschinen. Und wie es nun einmal ist: Wenn irgendwo die Kosten steigen, zwingt das zu Anpassungsreaktionen. Das gilt auch mit Blick auf den Energieverbrauch. Die deutschen Unternehmen haben stark in eine größere Energieeffizienz ihrer Produktionsverfahren investiert. Dieses Know-How kann ihnen auch einen Vorsprung auf den internationalen Märkten verschaffen. Zudem hängt nicht selten der Verkaufserfolg auch vom Image ab. Made in Germany heißt heute auch „Umweltverträglichkeit“. Das wird zunehmend beim Export zu einem Vorteil werden.

Jahrelang ist Deutschland Export-Weltmeister gewesen: Nun hat China diesen Titel. Ein schwerer Image-Verlust für die deutsche Wirtschaft?

Wieso? China ist einfach die viel größere Volkswirtschaft, insofern ist der erste Platz geradezu zwangsläufig und für mich kein Image-Verlust für Deutschland. Zumal ich die deutsche Exportabhängigkeit ja für gefährlich halte. Und China ist in pro-Kopf-Größen gesprochen immer noch winzig, insofern besteht da noch viel Nachholbedarf. Das relativ kleine Deutschland muss also keine Minderwertigkeitsgefühle entwickeln.

Inwieweit hängt schon heute der deutsche Gigant vom chinesischen Drachen ab: Das heißt, wieviel exportiert Deutschland nach China (und umgekehrt)?

China stand im ersten Halbjahr 2011 an sechster Stelle bei den deutschen Ausfuhren, etwa 6 Prozent aller Exporte gingen dorthin. Von China kamen 8 Prozent aller deutschen Importe, China war nach den Niederlanden die zweitwichtigste Importnation. Dabei ist zu bedenken, dass die Niederlande nur deshalb vorn stehen, weil Deutschland über die dortigen Häfen etwa Öl importiert. Zugleich hat Deutschland ein Defizit im Handel mit China. In der ersten Jahreshälfte wurde für 32 Milliarden Euro exportiert, aber für 38 Milliarden importiert

Immer wieder und schon in der Ära Schröder stellt sich die moralische Frage: Ist es richtig, mit der China-Diktatur Geschäfte zu machen, oder nicht?

Tja. Dazu kann ich als Chef eines Wirtschaftsforschungsinstituts nichts Fachliches sagen. Für Fragen der Moral sind andere Wissenschaften wie Philosophie und Theologie zuständig. Und letztlich dann bei öffentlichen Moral-Problemen die Wähler. Als Privatmann stelle ich nüchtern fest: Es gibt wenige kritische Stimmen zur innenpolitischen Realität in China. Die Mehrheit der Wähler wünscht sich wahrscheinlich auch Exporte nach China. Und Handel bedeutet natürlich auch Öffnung. Die Menschen in China bekommen dadurch einen Eindruck von den Verhältnissen im Westen und was Demokratie bedeutet beziehungsweise bedeuten

kann. Unter dem Strich dürfte der Handel auch dazu führen, dass unsere westlichen Wertvorstellungen in China größere Bedeutung gewinnen. Spannender ist eigentlich die Frage: Was lernen wir von der chinesischen Kultur?

Zurück nach Deutschland: Was bedeutet schon heute konkret die vielbeschworene alternative Energie für die deutsche Wirtschaft: Wie sind zum Beispiel die Perspektiven für den Arbeitsmarkt im Bereich der 'Green-Technology'?

Dazu gibt es verschiedene Schätzungen, je nachdem, wie man diesen Sektor abgrenzt. Nach Schätzungen des DIW waren im Jahr 2006 etwa 1,8 Millionen Erwerbstätige im Umweltschutz tätig. Neuere Zahlen gibt es nicht, aber heute dürften es mehr sein. Etwa jeder 20. Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Umweltschutz.

Das heißt im 21. Jahrhundert wird die deutsche Wirtschaft ein 'grüneres' Profil, ein 'softeres' Gesicht haben?

Ja, das ist bereits jetzt sicher. Es spricht alles dafür, dass sich die Beschäftigung auch weiterhin zum „grünen Bereich“ hin bewegt. Und dieser ist schwer abzugrenzen. Umweltschutz fängt in der Produktion schon an vielen Stellen an – etwa bei der Entwicklung neuartiger Lacke oder Textilfarben, was traditionelle Aufgaben der Industrie sind.

Ist die deutsche Konjunktur im Moment nur von Exporten oder auch von Konsumimpulsen aus dem Inland getragen?

Die Investitionen laufen noch kräftig, der Konsum tut sich aber nach wie vor schwer. Das liegt auch an der jahrelangen Umverteilung zu Lasten der Lohneinkommen. Der durchschnittliche Konsument hat etwa das gleiche Realeinkommen wie vor 10 Jahren. Ein stabiles Fundament für ein Wachstum stellt der Konsum daher nicht dar. Deshalb kommt es darauf an, dass die Löhne in Deutschland stärker zulegen.

Laut C. Lagarde, Ex-Finanzministerin Sarkorzy's, sind die deutschen Löhne in den letzten Jahren zu schwach und zu langsam gewachsen (und haben damit die EU-Krise mitverursacht): Teilen Sie dieses Argument, Herr Professor Wagner?

Ja. Der private Konsum ist in Deutschland wie überall auf der Welt die wichtigste Nachfragekomponente. Und konsumiert wird dann, wenn die Bürger es sich leisten können. Dazu braucht es Lohnsteigerungen, die die Arbeitnehmer am Wirtschaftswachstum teilnehmen lassen. Deutschland kann nicht immer nur darauf setzen, dass andere Länder seine Produkte kaufen.

Wie ist die Lage am Arbeitsmarkt? Geht Deutschland wirklich – wie Ex-Wirtschaftsminister Brüderle bis vor kurzem glaubte – in Richtung 'Vollbeschäftigung'?

Politiker neigen dazu, eine positive Situation zu überzeichnen, wenn sie an der

Regierung sind. Aber in der Tat hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland abgenommen. Berücksichtigt man die statistische Einordnung von älteren und einigen anderen Arbeitslosengruppen und zählt man all die Personen in irgendwelchen Arbeitsmarktmaßnahmen dazu, dann gibt es aber immer noch 3,8 Millionen Erwerbslose. Freilich sind auch zahlreiche neue Jobs entstanden, ein erheblicher Teil davon sind aber Teilzeitjobs. Insgesamt sind die geleisteten Arbeitsstunden kaum höher als vor der Krise. Vor allem der Dienstleistungssektor hat das Personal aufgestockt. Die Industrie dagegen, die mal wieder über einen Fachkräftemangel klagt, ist noch weit von den Beschäftigtenzahlen entfernt, die sie vor der Krise hatte. Nach wie vor haben wir in Deutschland das Problem, dass die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten besonders hoch ist. Das ist aber in jedem Industrieland der Fall. Wegen unseres deutschen Ausbildungssystems haben wir aber längst nicht so sehr ein riesengroßes Problem bei der Jugendarbeitslosigkeit wie einige andere europäische Länder.

Ein Gespenst ist auch in Deutschland aufgetaucht: das Prekariat. Wie viele der neuen Arbeitsplätze sind in Deutschland befristet, unregelmässig oder 'schwarz'?

Weniger, als viele glauben. Ich sehe das größte Problem in den Anreizen für Mini-Jobs, wodurch teilweise Schüler, Studenten, Rentner und Hausfrauen arbeitslosen Menschen faktisch einen Vollzeitjob wegnehmen, den sie nötig hätten. Hier könnte die Politik eingreifen. Denn es ist überhaupt nicht einzusehen, dass solche Minijobs bei der Besteuerung und bei den Sozialabgaben bevorzugt behandelt werden. Die Politik hat aber solche Marktverzerrungen geschaffen, weil Mini-Jobs der Mittelschicht – also der Mehrheit der Wähler – helfen, etwas dazu zu verdienen.

Zwei weitere akute Probleme machen die deutsche Wirtschaft sehr unsicher: der Ingenieurmangel und die Demographie.

Der vielzitierte Ingenieurmangel scheint mir ein eher regionales Problem und das einzelner Spezialberufe zu sein. Aktuell gibt es in Deutschland so viele Studenten wie noch nie zuvor. Die Unis platzen aus den Nähten. Nach der Betriebswirtschaftslehre sind die Ingenieurwissenschaften inzwischen das zweitbeliebteste Studienfach. Es wird für viele Studienabsolventen in den nächsten Jahren eher schwer werden, die Top-Arbeitsplätze zu finden, die sie sich wünschen. Zum Demographieproblem: Im letzten Jahrzehnt sank die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um etwa 1,7 Millionen, gleichzeitig nahm die Zahl der Personen auf dem Arbeitsmarkt um 1,1 Millionen zu. Das liegt ganz einfach daran, dass sich das Erwerbsverhalten der Frauen und insbesondere auch der Älteren geändert hat. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Der Arbeitsmarkt und die Menschen sind sehr flexibel und reagieren auf Anpassungserfordernisse. Gleichwohl – das möchte ich ganz dick unterstreichen – wird man für die Zukunft noch mehr auf Bildung setzen müssen. In Deutschland verlassen noch viel zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss, und manche Berufsausbildung geht an den künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbei.

**Wann haben die Gewerkschaften zuletzt zu nationalen Streiks aufgerufen?
Sind die Gewerkschaften (mit der sehr moderaten Lohnpolitik) ein
Stabilitätsfaktor des deutschen Systems?**

Nationale Streiks gab es zuletzt in den Fünfziger Jahren, als es um die Mitbestimmung ging. Generalstreiks gab es in der Bundesrepublik niemals. Wir haben Gewerkschaften für einzelne Branchen und nicht politische Gewerkschaften, wie es sie in Italien oder in Frankreich gibt. Es existiert eher eine kooperative Beziehung unter den Tarifpartnern. Das schafft Stabilität und Verlässlichkeit. Angesichts der schwachen Lohnentwicklung der letzten Jahre kann man allerdings durchaus die Frage aufwerfen, ob die Gewerkschaften nicht zu sehr auf Ausgleich ausgerichtet waren.

Ist die berühmte „Mitbestimmung“ nur ein sehr deutsches Phänomen, ein Grund für den Erfolg der deutschen Wirtschaft, oder sogar ein Exportmodell?

Die Mitbestimmung in Deutschland ist schon spezifisch. Kooperative industrielle Beziehungen finden sich allerdings auch in anderen Ländern – etwa in Skandinavien. Das hat ohne Zweifel Vorteile. In Unternehmen, in denen eine Mentalität des Heuerns und Feuerns besteht, dürften sich die Arbeitnehmer gegenüber den wirtschaftlichen Perspektiven des Unternehmens eher gleichgültiger verhalten. Kooperative Verhältnisse fördern dagegen die Motivation und die Eigeninitiative.

Sogar Bundespräsident Wulff hat die „Legitimität“ der EZB-Ankäufe der spanischen und italienischen Titel kritisiert. Teilen Sie diese Skepsis in Bezug auf die Intervention der EZB?

Die Kritik ist juristisch nachvollziehbar, weil die EZB gegen ihre eigenen Regeln verstieß. Ob die Kritik auch politisch klug ist, ist allerdings eine offene Frage. Man kann – wie Joe Stiglitz – auch argumentieren, dass die Regeln für die EZB nicht gut genug gesetzt wurden und jetzt ein Durchwursteln notwendig ist. Allerdings muss man dann auch ebenso pragmatisch fragen, was mit den EZB-Ankäufen erreicht werden soll? Hatten die Zinsen wirklich ein destabilisierendes Niveau erreicht? Und was sind eigentlich angemessene Zinsen für italienische Staatsanleihen: Ist ein Zinssatz von 5 oder 6 Prozent schon zuviel? Aber die EZB hat sich – wie beim Fußball in den 60er bis 80er Jahren – in der Rolle des Ausputzers, des letzten Mannes vorgefunden. Dazu ist es gekommen, weil die europäische Politik es bisher versäumt hat, selbst eine Institution zu schaffen, die entsprechende Aufgaben hätte übernehmen können. Das rächt sich jetzt. Insofern ist es schwierig, der EZB einen sachlichen Vorwurf zu machen. Die Politik hat versagt. Sie muss jetzt auch – und das höre ich sowohl bei Kanzlerin Merkel wie Bundespräsident Wulff heraus – überzeugend für Europa und die Euro-Zone werben und diese institutionell gestalten.

Hans-Werner Sinn, Ihr Kollege beim Ifo-Institut, würde gern den Euro-Raum teilen: stärkere Länder in der Euro-Zone, schwächere wie Griechenland oder Italien temporär raus aus der Euro-Zone.

Das wäre nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch hochriskant. Den schwächeren Ländern würde es zwar insofern helfen, weil sie abwerten würden, was ihre Exportfähigkeit steigert. Gleichzeitig würden aber ihre Importkosten enorm steigen. Die Staatsschulden würden auch in Euro bestehen bleiben und könnten auf absehbare Zeit nicht zurückbezahlt werden. Das gilt dann auch für die privaten Schulden, die bislang noch nicht zu einem Problem geworden sind. Gleichzeitig stünde für die Länder des Nordens eine Aufwertung an. Und man kann am Beispiel der Schweiz sehen, dass eine massive Aufwertung wahrscheinlich wäre. Was alles andere als angenehm wäre. Und politisch – und das steht für mich im Vordergrund – wäre eine solche Aufspaltung der EU vollkommen unklug: Im Interesse unserer Kinder müssen wir die EU als Friedensunion unbedingt erhalten.

Eurobond, ja oder nein: Viele in der CDU wie die Kanzlerin sind dagegen. Welche ist Ihre Position, Professor Wagner?

Eurobonds wären nur eine kurzfristig wirksame Lösung, die aber noch nicht einmal kurzfristig erreichbar ist. Die rechtlichen Hürden zur Schaffung von Eurobonds sind hoch. Kurzfristig sind Eurobonds auch gar nicht notwendig, da man mit der Ausweitung des „Rettungsschirms“ das gleiche erreichen kann. Er muss nur so groß gespannt werden, dass auch Schwergewichte wie Spanien und Italien darunter passen. Grundsätzlich empfiehlt das DIW statt Eurobonds eine stärkere wirtschaftliche und finanzpolitische Koordination innerhalb der Eurozone. Dazu bedarf es entsprechender europäischer Institutionen mit Durchgriffsrechten, die – möglichst rasch – politisch geschaffen werden müssen. Wenn diese Schritte getan sind, wären Eurobonds ein möglicher letzter Schritt. Zuvor reicht auf jeden Fall ein großer Rettungsschirm aus.

Seit Ende 2005 ist Angela Merkel an der Macht. Wie würden Sie die Ära Merkel aus wirtschaftspolitischer Sicht bewerten??

Vorherrschend ist Pragmatismus und nicht selten eine Ausrichtung an kurzfristigen politischen Erfordernissen. Deshalb muss man jeweils die einzelnen Entscheidungen beurteilen – ein Gesamturteil ist kaum möglich. Typisch für die Pragmatikerin Merkel ist die Atompolitik: Nach dem Atomunglück in Japan hat sie ihren Irrtum am Beginn ihrer Amtszeit – die Garantie für die Atomindustrie – unverzüglich korrigiert. Sie hat dafür sogar den Vorwurf der Sprunghaftigkeit in Kauf genommen. Meine ganz persönliche Meinung als Staatsbürger: Angela Merkel hat die Finanzkrise gut bewältigt, weil sie nicht an den Parteiprogrammen ihrer Koalition geklebt hat. Und beim Wachstum hatte sie das Glück auf ihrer Seite. Aber an den eher bedächtigen Regulierungsschritten für die Finanzindustrie ist manches auszusetzen, insbesondere hätte die Politik von Anfang an auf sehr viel höheren Eigenkapitalquoten im Bankensektor bestehen müssen, als sie jetzt in Basel III festgelegt wurden. Oft hat man das Gefühl, dass im Regierungslager – das war aber auch bereits bei Gerhard Schröder so – zu viel auf den eigennützigen Rat der Finanzindustrie gehört wird.

In der europäischen Schuldenkrise muss man noch abwarten, wie Kanzlerin Merkel

sich schlägt. Hier müsste sie – wie schon gesagt – nach meiner Meinung den Mut haben, die Weichen stärker in Richtung politische Union zu stellen. Das geht weit über Wirtschaftspolitik hinaus; das höre ich auch aus den jüngsten Äußerungen der Kanzlerin heraus. Ich bin sehr gespannt wie die Pragmatikerin Merkel mit den Visionen umgehen wird, die für eine solche Politik nötig sind.

Eine persönliche Frage, würden Sie jetzt italienische Bonds kaufen Herr

Professor Wagner? Das Problem stellt sich für mich persönlich nicht. Mein disponibles Vermögen ist nicht groß genug, um mir darüber Gedanken machen zu müssen. Als Kind aus einer Facharbeiter- und Handwerkerfamilie bin ich auch, was persönliche finanzielle Dinge betrifft, sehr risikoscheu. Es ist besser, wenn Sie jemanden anderen fragen.